

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Ercheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und folgt wochentägig ins Haus 1,25 Bloth. Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowig mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Kellernetz für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beiziehung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 8 **Dienslag, den 15. Januar 1929** 47. Jahrgang

Rußlands Antwort an Polen

Moskau über die polnische Note ungehalten

Keine Einigung in Warschau

Warschau. Wie die halbamtliche „Epoca“ am Sonntag mitteilt, haben in den letzten zwei Tagen drei eingehende Aussprachen zwischen den deutschen und polnischen Vertretern stattgefunden. Dr. Hermes wird am Sonntag wieder nach Berlin abreisen, um der deutschen Reichsregierung über die Ergebnisse der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Angesichts der eingehenden Darlegung des polnischen Standpunktes werde es jetzt von den Beschüssen der deutschen Regierung abhängen, ob die sachlichen Ausschüßarbeiten wieder aufgenommen werden können.

Der Abbruch der sachlichen Ausschüßberatungen entsprang belanntlich nicht der deutschen Initiative, sondern erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch der polnischen Regierung, die erst gewisse letzte grundlegende Fragen geklärt wissen wollte und den deutschen Bevollmächtigten anforderte, konkrete Vorschläge in bezug auf die wichtigsten polnischen Forderungen zu machen. Diesem Wunsche hat die deutsche Seite bereits im vorliegenden Jahr in vollem Umfang entsprochen und es gelang auf dem Wege der Sachverständigen- und Interessentenverhandlungen in fast allen von den Polen besonders herausgestellten Fragen eine grundsätzliche Einigung zu erzielen. Die auf diese Weise hergestellten Verhandlungsgrundlagen boten ein Höchstmaß deutschen Entgegenkommens, das auf allen Gebieten weit über die Modus vivendi-Vorschläge hinausging. Selbstverständlich mußte die deutsche Regierung die Forderungen stellen, daß auch Polen seinerseits die Schranken ausweiche und sich klar zu den von deutscher Seite behandelten Fragen äußere. Bisher war es jedoch nicht möglich, genaue Anhaltspunkte über die polnischen Gegenleistungen zu erhalten. Polen stellte sich augenscheinlich auf den Standpunkt, daß es den erhöhten deutschen Angeboten gegenüber kein entsprechendes Gegenangebot zu machen brauche. Gleichzeitig bemühte sich die Warschauer Presse nachzuweisen, daß die deutschen Zugeständnisse gar keinen oder nur einen sehr geringen Wert hätten. Wie jetzt von gutunterrichteter Seite verlautbart, hat der polnische Bevollmächtigte während der letzten Verhandlungen gewisse Erklärungen abgegeben, die einen kleinen Fortschritt in dem von Deutschland gewünschten Sinne bedeu- ten. Trotzdem muß erklärt werden, daß die Verhandlungen durchaus noch kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt haben und daß die notwendigen polnischen Zugeständnisse vorläufig nicht als Gegenleistung für das deutsche Entgegenkommen gelten können.

Romov. Wie aus Moskau gemeldet wird, heißt es in der Antwortnote Litwinows an Polen: Die Sowjetregierung habe ihre Vorschläge für so klar und unzweideutig gehalten, daß sie sich berechtigt fühle, ebenso eine klare Antwort zu erhalten. Die Sowjetregierung habe seinerzeit Polen und den baltischen Staaten eine Einschränkung der Streitkräfte vorgeschlagen, was jedoch von diesen abgelehnt worden war. Nachher habe auch die Sowjetregierung den baltischen Staaten die Unterzeichnung von Nichtangriffspakten und einer Abmachung vorgeschlagen, die eine Nichtbeteiligung an gegen die Sowjetunion gerichteten Gruppierungen vorah. Auch diese Vorschläge habe die polnische Regierung abgelehnt. Es liege jetzt keine Notwendigkeit zur Erörterung der Frage vor, welche Gründe die polnische Regierung bewogen haben, die Unterzeichnung des Paktes von diesem oder jenen Bedingungen abhängig zu

machen. Es sei jedoch nicht überflüssig hinzuzufügen, daß Polen die Unterzeichnung des Kelloggpatentes in Paris nicht von diesen Bedingungen abhängig machte. Die letzte Tatsache habe die Sowjetregierung zu wenden. Sie habe angenommen, daß Polen, da es bedingungslos den Kelloggpaten unterzeichnet habe, auch gegen sein sofortiges Inkrafttreten mit der Sowjetunion nichts einzuwenden habe. Dagegen könne man die letzte polnische Note auslegen, als ob die polnische Regierung die Unterzeichnung des Protokolls von der Beteiligung anderer Mächte abhängig mache, was noch mehr unverständlich erscheine, wenn man berücksichtige, daß im Falle der Ratifizierung des Pariser Vertrages von 15 Staaten dieser automatisch zwischen der Sowjetunion und Polen ohne den Beitritt aller baltischen Staaten rechtskräftig werde.

Mißtrauen gegen Europa

Amerika gegen eine neue Reparationsanleihe

London. Von dem dem amerikanischen Staatsdepartement nahegehenden Kreisen wird nach Meldungen aus Washington darauf hingewiesen, daß die europäischen Regierungen gut tun würden, mit der Finanzierung eines neuen Reparations-schemas durch Amerika nicht allzu bestimmt zu rechnen. Die amerikanische Regierung habe die Aufgabe deutscher Reparationsbonds in Amerika nie besonders zweifelsfrei beurteilt. Der Grund liege teilweise in der Auffassung der amerikanischen Bankiers, daß die Anleihe einer Reparationsanleihe von beispielsweise 16 Millionen Mark, die amerikanischen Kreditverhältnisse ernstlich beeinträchtigen könnte und zum Teil auf das nach wie vor bestehende Mißtrauen, die amerikanische Regierung könne angefordert werden, solche deutsche Reparationsbonds zur Liquidierung der alliierten Kriegsschulden anzunehmen. Das Staatsdepartement, so wird weiter erklärt, sei nicht bereit, über die Auslegung einer verhältnismäßig kleinen deutschen Reparationsanleihe in den Vereinigten Staaten hinauszugehen. Owen Young, dessen Ernennung zum amerikanischen Mitglied des Sachverständigenausschusses gesichert ist, soll in diesem Sinne unterrichtet worden sein, dagegen glaubt man, daß die amerikanische Regierung die Ausnahme deutscher Reparationsbonds in Höhe von etwa 4 Milliarden Mk. durch den amerikanischen Geldmarkt begünstigen würde.

Während des Tumultes begab sich eine Abordnung der Arbeitslosen zum Ministerpräsidenten. Nachdem die Vertreter der Arbeitslosen ihre Forderungen vorgebracht hatten, erklärte der Ministerpräsident, daß die jetzige Regierung nach Kräften bemüht sei, die Not zu mildern. Daher sehe der Ministerpräsident die Kundgebung als unnütze Aufspülung der Arbeitslosen an. Während der Amtszeit der früheren linken Regierung hätten die Arbeitslosen keine Kundgebungen veranstaltet. In diesem Augenblick schlug der Führer der Arbeitslosen mit der Faust auf den Tisch des Ministerpräsidenten und sagte: „Das ist eine Gemeinheit! Nieder mit diesem Minister!“ Die anderen Arbeitslosen folgten dem Beispiel ihres Führers und donnerten ebenfalls mit den Fäusten auf dem Tische des Ministerpräsidenten. Die Frauen der Arbeitslosen erhoben daraufhin ein großes Geschrei. Der Ministerpräsident war gezwungen, die Polizei herbeizurufen, um sich vor den aufgeregten Arbeitslosen zu schützen. Der Austritt wird von der gesamten Presse mit Ausnahme der Linksrabikalen als skandalös bezeichnet. Selbst das Blatt „Sozialdemokrat“ gibt zu, daß die Abordnung die Selbstbeherrschung verloren habe. Einer der Arbeitslofenführer trieb lebhaft Propaganda für die Bildung einer Sowjetregierung in Lettland.

Tränengas gegen Gefangene

London. Im Gefängnis von Holmesburg (Pennsylvanien) kam es nach Meldungen aus New York zu Unruhen. Zahlreiche Zellen brachen mit dem Rufe „Wir verlangen Essen“ aus ihren Zellen aus und griffen die Wärter an. Erst nach Anwendung von Tränengasbomben konnte die Gefangenen überwältigt werden.

Die Aufgaben der jugoslawischen Regierung

Belgrad. Bei einem Empfang der Vertreter der ausländischen Presse am Sonntag erklärte Ministerpräsident General Siblotitsch unter Hinweis auf den Aufruf des Königs, daß die Aufgaben der neuen Regierung genau umschrieben seien. Nebenbei würde die Regierung dem König ein besonderes Arbeitsprogramm unterbreiten. Vor allem werde die Regierung ihr Bestreben darauf richten, durch rationelle Verwaltung Ersparnisse zu erzielen, um in staatlicher und wirtschaftlicher Hinsicht nützliche Dienste zu erweisen. Der Ministerpräsident betonte weiter, daß die Aufgaben seiner Regierung durchaus begrenzt seien. Sobald die Regierung den Hauptteil ihres Programms verwirklicht habe, würden Maßnahmen getroffen werden, um zu einer gesunden demokratischen und vollkommen konstitutionellen Ordnung zurückzuführen. Mit gehobener Stimme dementierte er die verschiedenen Gerüchte über verheißene Ziele der Regierung und wiederholte nochmals, daß die Tätigkeit der Regierung nur eine vorübergehende sein werde. Bezüglich der Außenpolitik erklärte er, die Regierung werde mit aller Kraft die Entwicklung und Erhaltung guter Beziehungen mit allen Nachbarstaaten pflegen und an den bisherigen internationalen Verpflichtungen und Verträgen festhalten. Die Regierung wolle nur eine Politik des Friedens führen.

Der Kelloggpaten Amerikas

London. Die Gegner des Kelloggpatentes im amerikanischen Senat haben einen letzten Versuch gemacht, den Vertrag zu Fall zu bringen. Sie haben eine geheime Unterschriften-Kommunikation eingeleitet, durch die sich die Unterzeichner verpflichten, gegen den Pakt zu stimmen, falls die Regierung nicht eine amtliche Erklärung über die amerikanische Auslegung des Vertrages geben. Bisher haben sie aber nur 13 der notwendigen 33 Stimmen für die Ablehnung des Vertrages aufbringen können.

Eine neue Ueberraschung

Arbeitslofenzwischensall im Kabinett des lettländischen Ministerpräsidenten.

Riga. Bei den Arbeitslofenkundgebungen am Freitag ist es zu einem unerhörten Zwischenfall im Kabinett des Ministerpräsi-



Die Sitzung der Reparationskommission

in Paris, in der die Ernennung der Sachverständigen beschlossen wurde. Sitzend (von links): Cavotias (Griechenland), Plog (Serbien), Rogowski (Polen), Wilson (Beobachter der Vereinigten Staaten), Corfi (Italien), Marguifobago Roggi (Italien), Cutcheon (Vereinigte Staaten), Präsident Chapial (Frankreich), Mancleri (Frankreich), Lord Blom-burgh (Großbritannien), Goodhill (Großbritannien), Delacroix (Belgien), Yamaji (Japan).

